



# NEWSLETTER

AUSGABE 3  
April 2009

KAS REGIONALBÜRO BENIN  
**PROGRAMM POLITISCHER DIALOG WESTAFRIKA**  
David Robert, Anja Casper

## **NOCH IMMER KEIN TERMIN FÜR DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN DER CÔTE D'IVOIRE**

POLITISCHE AKTEURE SCHEINEN VON WAHLVERSCHIEBUNG ZU PROFITIEREN

Die zuletzt für den 30. November 2008 geplanten Präsidentschaftswahlen in der Côte d'Ivoire wurden erneut auf unbestimmte Zeit verschoben, ein Wahltermin im Frühjahr 2009 ist aufgrund der Verzögerungen bei den Wahlvorbereitungen nicht mehr realisierbar. Insbesondere die Wählerregistrierung führt immer wieder zu Streitigkeiten. Die nationale Kommission zur Überwachung der Identitätserfassung (CNSI) kritisiert vor allem die mangelnde technische Ausstattung sowie die schlechte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren, die für die Datenerfassung zuständig sind. Die korrekte Wählerregistrierung ist entscheidend für den friedlichen Verlauf der Wahlen, da Unklarheiten über die Wahlberechtigung in der Vergangenheit zu Konflikten im Land geführt haben.

Auch die Reintegration der Ex-Milizen und Soldaten der Forces Nouvelles in die nationale Armee verläuft nur schleppend. Im Norden des Landes gibt es rund 25.000, im Süden 5.000 Rebellen, die nach der Entmilitarisierung in die nationale Armee integriert werden sollen.

Die Wahl wird außerdem durch einen Korruptionsskandal im Umfeld des Präsidenten überschattet, der die Bevölkerung an der Ernsthaftigkeit der Regierung im Kampf gegen die Korruption zweifeln lassen. Dies eröffnet der Opposition die Chance, sich als Korruptionsgegner im Wahlkampf zu positionieren.



*Regierungssitz und de facto Hauptstadt der Côte d'Ivoire ist Abidjan mit 3,58 Millionen Einwohnern. Hier stehen der Justizpalast (links) und das World Trade Center (rechts).*

Seit dem Abkommen von Ouagadougou im März 2007 ist die Partei der nationalen Einheit unter Führung von Präsident Laurent Gbagbo und dem ehemaligen Rebellenführer Guillaume Soro als Premierminister an der Macht, die Regierung wurde jedoch bisher nicht durch Wahlen legitimiert. Da in der Regierung der nationalen Einheit alle Parteien vertreten sind und der Rebellenführer Guillaume Soro zu jung ist, um bei den anstehenden Wahlen zu kandidieren, profitieren die politischen Akteure vom momentanen Status Quo und es scheint fast so, als ob ihnen die Wahlverschiebung nur gelegen kommt.

### **Inhalt**

#### **Seite 1**

• *Noch immer kein Termin für die Präsidentschaftswahlen in der Côte d'Ivoire*

#### **Seite 2**

• *Online-Portal der KAS liefert aktuelle Berichterstattung über Wahlvorbereitung* • *KAS fördert Verfassungsrevision in Benin* •

#### **Seite 3**

• *Kommunalwahlen in Mali* • *Proteste der Zivilgesellschaft im Niger* • *Parteifusion in Burkina Faso*

#### **Seite 4**

• *Die Rolle des Unternehmers in der Sozialen Marktwirtschaft*



## NEWSLETTER

### REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 3 | APRIL 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## ONLINE-PORTAL DER KAS LIEFERT AKTUELLE BERICHTERSTATTUNG ÜBER WAHLVORBEREITUNG

Das Regionalbüro der KAS konnte seine Aktivitäten im vergangenen Jahr in der Côte d'Ivoire wieder aufnehmen, der Bürgerkrieg zwischen 2002 und 2006, der die Folge der gesellschaftlichen Spaltung des Landes Mitte der 90er Jahre war, hatte die Arbeit der Stiftung im Land unmöglich gemacht. Schwerpunkte der Aktivitäten sind die Förderung demokratischer Institutionen und Prozesse, sowie die Förderung der Dezentralisierung und der kommunalpolitischen Partizipation, veranstaltungsübergreifendes Thema sind und bleiben jedoch die Präsidentschaftswahlen.

Abgerundet werden die Aktivitäten des Regionalbüros durch ein Online-Portal, welches aktuelle Berichterstattung über die Präsidentschaftswahlen 2009 in der Côte d'Ivoire liefert. Neben Hintergrundinformationen über Geschichte, Politik und Wirtschaft des Landes bietet das Portal auch Nachrichten über die Entwicklung der Wahlvorbereitungen im Land an.

Mehr Informationen: [www.kas.de/cotedivoire2009](http://www.kas.de/cotedivoire2009)

## KAS FÖRDERT VERFASSUNGSREVISION IN BENIN

Mitte März 2009 organisierte die KAS ein Dîner-Débat anlässlich der geplanten Verfassungsrevision in Benin. Dabei diskutierten Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft und Medien den neuen Verfassungsentwurf, der im Auftrag des Präsidenten Yayi Boni von einer Kommission unabhängiger Juristen erstellt wurde. Kritisiert wurde vor allem, dass die Kommission zu sehr von der jetzigen Regierung beeinflusst wurde und viele Organisationen der Zivilgesellschaft nicht in die Arbeit mit einbezogen wurden. Auch der Inhalt des Entwurfs wurde diskutiert – während die Änderungen für die einen zu weit gehen, sind sie für andere noch nicht ausreichend.

Die derzeit rechtsgültige Verfassung in Benin besteht seit Dezember 1990. Sie räumt dem Präsidenten, der zugleich Staats- und Regierungschef ist, weitreichende Kompetenzen ein. Die neue Verfassung soll die Macht des Präsidenten einschränken, die Gerichtsbarkeit unabhängiger machen und die finanzielle Autonomie der staatlichen Institutionen sicherstellen. Der Präsident will die Änderung noch vor den nächsten Präsidentschaftswahlen 2011 auf den Weg bringen; dabei ist jedoch noch nicht geklärt, ob das Parlament über die neue Verfassung entscheidet oder ob die Bevölkerung in einem Referendum darüber abstimmen soll.

Die KAS unterstützte die kritische Auseinandersetzung mit der Verfassung bereits im letzten Jahr durch die Förderung des ersten Verfassungskommentars in der Geschichte Benins. Der Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika, David Robert, betonte in seinem Schlusskommentar, dass die Diskussion um die Änderung der Verfassung erst am Anfang stehe und die Konrad-Adenauer-Stiftung den konstruktiven Dialog weiterhin unterstützen wird.



## NEWSLETTER

### REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 3 | APRIL 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## KOMMUNALWAHLEN IN MALI

Am 26. April 2009 finden in Mali die dritten Kommunalwahlen in der Geschichte des Landes statt. Der Wahltermin wurde im Januar festgelegt, auch wenn es Bedenken hinsichtlich einer ausreichenden Wahlvorbereitung gab. So forderten einige Parteien schon vor den Wahlen 2007 erfolglos die Revision der Wählerlisten. Nun wird diese Diskussion erneut geführt. Dabei werden die Wählerlisten regelmäßig aktualisiert, und diese Arbeit obliegt den Parteien selbst. Und auch wenn die Wahl, wie einige Kritiker fordern, um sechs Monate verschoben werden würde, ist es nicht sicher, dass die Wählerlisten dann anstandslos sind.

Der Streit über die Wählerlisten ist dabei aber vor allem ein politisches Mittel. Kritiker führen an, dass die Parteien sich bewusst aus den Vorbereitungen der Wahlen heraushalten, um die Ergebnisse später anfechten zu können. Sicherlich ist Kritik an der Wahlvorbereitung in einer Demokratie legitim und wünschenswert, es ist jedoch fraglich, ob diese Art des politischen Taktierens konstruktiv für die Abhaltung von demokratischen Wahlen ist.

## PROTESTE DER ZIVILGESELLSCHAFT IM NIGER

Eine außerordentliche Sitzung der Nationalversammlung Ende Januar 2009 im Niger wurde von massiven Protesten der Zivilgesellschaft begleitet. Die Demonstrationen scheinen auf den ersten Blick die nachvollziehbare Reaktion einer aktiven Zivilgesellschaft zu sein, wurde auf der Versammlung doch über heikle Themen wie die wiederholte Erhöhung der Gehälter der Abgeordneten innerhalb weniger Jahre sowie über die Aufhebung der Immunität von drei Abgeordneten abgestimmt.

Die Art und Weise, wie die Demonstrationen organisiert wurden, gibt jedoch Anlass zur Sorge. Die Akteure der Zivilgesellschaft werden von den politischen Parteien instrumentalisiert und als Spielball der verschiedenen Lager genutzt. Die Proteste setzten die demokratisch gewählte Nationalversammlung massiv unter Druck. Dabei muss aber betont werden, dass das Problem nicht allein bei der Nationalversammlung liegt. Die Herausforderung, die es zu lösen gilt, ist die Verwaltung der Finanzen und die ungleiche Verteilung der Ressourcen im Land. Seit beinahe vier Jahren versuchen die verschiedenen Institutionen und Sektoren des Staates, wie in diesem Fall die Nationalversammlung, sich große Summen zu sichern, um den gestiegenen Lebenshaltungskosten und den Konsequenzen angesichts der Gehaltskürzungen seit der Devaluierung des FCFA zu begegnen. Es ist dringend notwendig, dass die Regierung eine Neuverteilung der Mittel durchsetzt um die Disparitäten zwischen den verschiedenen Institutionen zu beheben. Dabei geht es um nicht weniger als die politische Stabilität des Landes.

## PARTEIFUSION IN BURKINA-FASO

Ende Februar organisierte die KAS gemeinsam mit dem Parteienverbund UPADD ein Seminar zum Thema Verhandlungen und politisches Lobbying in Burkina Faso. Für den Parteinachwuchs der Partnerpartei Union pour la Renaissance Mouvement Sankariste (UNIR/MS) stellte das Seminar einen ganz besonderen Nutzen dar, denn wenige Tage später fusionierte die Partei gemeinsam mit zwei anderen politischen Gruppen zur UNIR/PS.

## NEWSLETTER

### REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 3 | APRIL 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Der Parteivorsitzende der UNIR/MS, M. Bénéwendé Sankara, unterstrich die Bedeutung des Seminars. Für Politiker sei es heutzutage unverzichtbar zu wissen, wie man sich richtig präsentiere, kommuniziere und in politischen Verhandlungen seine Ideen durchsetzen könne, so Sankara.

Weiterhin sprach er der KAS seinen Dank aus für die zahlreichen Aktivitäten von denen die Parteimitglieder profitiert hätten. Indem die Stiftung zur Stärkung der Parteiorganisation- und Struktur beigetragen habe, hätte sich die UNIR/MS als demokratische Alternative in Burkina Faso etablieren können, so Sankara.

## DIE ROLLE DES UNTERNEHMERS IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

### BESUCH DER MIT IN TOGO

Ende März 2009 nahm eine fünfköpfige Delegation der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU auf Einladung der KAS an einer Konferenz zum Thema "Die Rolle des Unternehmers in der Sozialen Marktwirtschaft" teil. Bei Gesprächen mit Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft hatte die Delegation außerdem Gelegenheit, sich über die politische und wirtschaftliche Situation des Landes zu informieren.

### SYSTEM DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT ALS AUSWEG AUS DER INTERNATIONALEN FINANZKRISE



*(v.l.n.r.: KAS-Auslandsmitarbeiter David Robert, CAR-Vorsitzender Dodgi Apevon, CAR-Ehrenvorsitzender und ehem. Premier Yaowi Agboyibo, ehem. Staatssekretär Hessens, Frank Gotthardt)*

Am 24. und 25. März organisierte das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Parteienverband UPADD die Regionalkonferenz mit wirtschaftspolitischem Schwerpunkt. In seiner Begrüßungsansprache betonte der ehemalige Premierminister und

CAR-Ehrenvorsitzende, Yaowi Agboyibo, das System der Sozialen Marktwirtschaft gerade angesichts der internationalen Finanzmarktkrise wichtig, weil nur dieses System in der Lage sei, eine solche Krise zukünftig zu vermeiden. Denn die weltweite Finanzkrise sei darin begründet, dass es keine ausreichenden Mechanismen zur Einhaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf dem internationalen Finanzmarkt gegeben habe. Hier hätte das Modell der Sozialen Marktwirtschaft Vorbildcharakter. Der Staat müsse ein solides Regelgerüst für den Unternehmer schaffen. Aber der Staat könne nicht Unternehmer sein, er müsse lediglich Garantien für die Unternehmer schaffen, und dafür setze sich die CAR in Togo ein. Auch der Parteivorsitzende der CAR, Dodgi Apevon, unterstrich, dass die Weltwirtschaftskrise Auswirkungen auf die afrikanische Wirtschaft haben werde, die momentan noch nicht abschätzbar seien. In dieser Situation stelle die Soziale Marktwirtschaft eine Möglichkeit dar, die Krise zu überwinden. Der Auslandsmitarbeiter der KAS, David Robert, wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass ein Staat, der lediglich die Rahmenbedingungen setzt, kein schwa-

cher Staat, sondern im Gegenteil ein starker Staat sei, weil er für die Einhaltung der Regeln garantieren könne.

Astrid Jantz, politische Sprecherin der MIT, stellte während der Konferenz die Struktur der MIT vor und ging dabei besonders auf die föderale Organisationsstruktur ein. Harm Dierks, der viele Jahre in Westafrika geschäftlich tätig war und lebte, verglich die wirtschaftlichen Gegebenheiten der 1960er und 1970er Jahre mit denen von heute. Damals, so sagte er, sei es durchaus üblich gewesen, dass der Staat die Einhaltung der staatlich festgelegten Preise kontrollierte. Der Ökonom Kèdoté unterstrich in seinem Vortrag die Chancen der Privatisierung für den afrikanischen Markt, wies aber auch auf die Risiken hin, die dieser Prozess mit sich bringt. Die Grundversorgung der Bevölkerung dürfe durch die Privatisierung nicht gefährdet werden. Zum Abschied des ersten Konferenztages zeichnete der wirtschaftspolitische Sprecher der CAR, Prof. Edorh, die wirtschaftliche Entwicklung Togos auf und unterstrich die Wichtigkeit, einen regionalen Markt zu komplettieren. Für den dafür notwendigen politischen Willen würde die CAR eintreten, so Edorh. Am zweiten Konferenztag wurde der Markt der Telekommunikation von dem Unternehmer Günther Kohl beschrieben. Der Markt der Telekommunikation, so Kohl, stelle für Afrika die größte Erfolgsgeschichte überhaupt dar. Das Potential für Mobilfunktechnologie sei in Afrika größer als angenommen und könne noch weiter ausgebaut werden. Der Markt der Telekommunikation habe auch enormen entwicklungspolitischen Nutzen, so Kohl, und könne zur Demokratisierung beitragen. Je besser das Telekommunikationsnetz entwickelt sei, umso schwieriger sei es auch für ein Regime und den Staat, die Bevölkerung zu manipulieren.

Torben Theis, Referent der Jungen Union Deutschlands, stellte das System der Sozialen Marktwirtschaft vor und unterstrich, wie wichtig Eigenverantwortlichkeit für wirtschaftliche Entwicklung sei. Einzelne Aspekte der wirtschaftlichen Struktur wie Aufsichtsbehörden oder Kartellämter wurden dabei ebenfalls diskutiert. Bevor sich die Wirtschaft in Togo weiter entwickeln könne, so Theis, müsse zunächst eine Struktur geschaffen werden, die die Einhaltung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen kontrolliere und garantiere.

#### BESUCH BEIM PRÄSIDENTEN UND BEIM PREMIERMINISTER

Im Rahmen des Besuchs wurde die Delegation vom Staatspräsidenten Faure Gnassingbé und vom Premierminister Togos, Gilbert Fossoun Hounbo, empfangen. Bei dem Treffen wurde die Delegation von Herrn Hounbo über das politische System und die wirtschaftliche Situation Togos informiert. Der Premier betonte, dass die Herausbildung eines demokratischen Systems im Land erst am Anfang stehe und es wünschenswert wäre, wenn Togo von den deutschen Erfahrungen auf diesem Gebiet lernen könnte.



*(v.l.n.r.: Harm Dierks, Anja Casper (KAS), Astrid Jantz, Torben Theis, Eric Ahohey (KAS), Frank Gotthardt, Günther Kohl, Präsident Faure Gnassingbé, Dodgi Apevon (CAR), David Robert (KAS))*



## NEWSLETTER

### REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 3 | APRIL 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die Frage, wie sich die togoische Wirtschaft trotz der aktuellen globalen Finanzkrise entwickeln kann, war ebenfalls Gesprächsthema. Der Premier erklärte, die Wirtschaft in Togo habe sich in den letzten Jahren gut entwickelt und könne Wachstum verzeichnen. Dies sei für das Land von enormer Wichtigkeit, da nur wirtschaftliche Entwicklung Wohlstand gewähren könne. Er räumte jedoch auch ein, dass sich die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr bereits ankündigten und sich die Parteien schon im Wahlkampf befänden. Somit sei der notwendige wirtschaftliche Reformprozess in der letzten Zeit ins Stocken geraten. Die im Jahr 2010 anstehenden Präsidentschaftswahlen seien für Togo enorm wichtig betonte Hounbo, denn es handele sich nach dem Mauerfall, nach dem Ende des Kalten Krieges und nach dem Ende der Diktatur in Togo zum ersten Mal um wirklich freie und demokratische Wahlen.

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2005 war der Sohn des Diktators Gnassingbé Eyadema, der Togo 38 Jahre lang autoritär regiert hatte, gewählt worden. Im Vorfeld der Wahlen war es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen, die auch Todesopfer forderten. Wenn es gelingen würde, die Wahlen im Jahr 2010 nach demokratischen Grundsätzen abzuhalten, dann könne erwartet werden, dass auch für die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2010 bis 2015 beste Grundvoraussetzungen geschaffen werden würden, sagte der Premier weiter. Er wünsche sich, dass es bei der Wahl einen klaren Gewinner mit einer großen Mehrheit gebe, damit Proteste der Opposition verhindert werden würden. Auf die Frage, was die wichtigsten Punkte auf der politischen Agenda seien, zählte der Premier die Dezentralisierung, die territoriale Neuordnung sowie die Reform der Verfassung auf. Auch wolle die Regierung in Zukunft härter gegen die Korruption im Lande vorgehen. Diese Themen dürften aber nicht zum Spielball der Parteien im Wahlkampf werden. Eine solide und stabile Reform sei einem zu schnellen und unsoliden Fortschritt vorzuziehen, so Hounbo. Delegationsleiter Frank Gotthardt unterstrich, dass Togo von Deutschland lernen könne, aber ein afrikanischer Weg der Demokratie für das Land gefunden werden müsse und es nicht genüge, ein deutsches Konzept der Demokratisierung auf Togo zu übertragen.

Weiterhin traf die Delegation den Parlamentspräsidenten el Hadj Abass Bonfoh von der Regierungspartei RPT. Bei dem Treffen stellte Bonfoh zunächst das togoische Parlament und seine Arbeitsweise vor. Aktuell sind im Parlament neben der Regierungspartei auch zwei Oppositionsparteien, die UFC und die CAR, vertreten. Die Delegation aus Deutschland erkundigte sich, wie die Abgeordneten gewählt werden und welche Rechte es für die Opposition gibt. Der Parlamentspräsident erläuterte der Delegation, dass die Verfassung der Opposition verschiedene Rechte einräume. Die Delegation traf außerdem den Minister für wirtschaftliche Kooperation und Zusammenarbeit, Gilbert Bawara, sowie den Handelsminister Guy Lorenzo. Bawara betonte, Togo habe aufgrund seiner Geschichte besonders für Deutschland eine tiefe Zuneigung und Sympathie. Bei dem anschließenden Briefing mit dem Handelsminister unterstrich dieser, dass die Besserstellung des Privatsektors für die Regierung und den Präsidenten eine Herzensangelegenheit sei, denn nur über wirtschaftliche Entwicklung könne der Wohlstand im Land vergrößert und gesichert werden. Togo, dessen Wirtschaft zu 70 Prozent im Agrarsektor umgesetzt wird, habe gute Voraussetzungen für die Produktion von Bioprodukten. Auch habe das Land eine strategisch günstige Position in Westafrika, sei bisher aber nur unzureichend industrialisiert worden und auch im Dienstleistungssektor gebe es noch großen Nachholbedarf, so Lorenzo. Durch eine Justizreform sei beschlossen worden, auch Handelsgerichte einzurichten, um Investitionssicherheiten gerade auch für ausländische Investoren zu garantieren.

**NEWSLETTER**

**REGIONALBÜRO COTONOU**

AUSGABE 3 | APRIL 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Bei informellen Treffen mit dem deutschen Botschafter in Lomé und Vertretern der Zivilgesellschaft konnten sich die Teilnehmer weiter über die politische Situation vor Ort informieren.



*(v.l.n.r.: Astrid Jantz, David Robert (KAS), Yaowi Agboyibo, Dodgi Apevon, Frank Gotthardt, Torben Theis)*